

N I E D E R S C H R I F T

über die 2. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Gummersbach vom 01.06.2021 in der Halle 32, Steinmüllerallee 10, 51643 Gummersbach.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses waren durch die fristgerechte Einladung einberufen. Der Vorsitzende stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwendungen nicht erhoben werden. Der Jugendhilfeausschuss ist nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Anwesend sind:

Vorsitz

2. stellv. Bürgermeisterin Helga Auerswald

Mitglieder

Stadtverordneter Karl-Otto Schiwiek

Stadtverordnete Ute Fritz-Schäfer

Sachkundiger Bürger Markus Thomas Pollmann

Stadtverordnete Edith Katharina Roth

Stadtverordneter Benjamin Stamm

Stadtverordnete Sabine Grützmacher

Stadtverordnete Susanne Valentin

Stadtverordnete Ursula Anton

Sachkundige Bürgerin Christiane Gelfarth

Sachkundige Bürgerin Renate Resch

Sachkundige Bürgerin Andrea Schütz

Vertretung für Herrn Heinz Kemper

Sachkundiger Bürger Christian Paßberger

Sachkundige Bürgerin Claudia Thamm

beratendes Mitglied Martina Neukirch

Vertretung für Frau Heike Alberts

Beratendes Mitglied Norbert Kriesten

Beratendes Mitglied Annika Probst

Beratendes Mitglied Cemile Güzel

Beratendes Mitglied Diyar Agu

Vertretung für Frau Duygu Agu

Verwaltung

Erster Beig. Raoul Halding-Hoppenheit

Thomas Hein

Beate Reichau-Leschnik

Schriftführerin Sandra Kaufmann

Gäste

AM Roswitha Biesenbach

AM Marcus Linde

Brigitte Miebach

Entschuldigt:

Mitglieder

Sachkundiger Bürger Heinz Kemper

Sachkundiger Bürger Pfarrer Hermann
Bednarek

Beratendes Mitglied Reimund Heidkamp

Beratendes Mitglied Heike Alberts

Beratendes Mitglied Sabina Heupel

Beratendes Mitglied Frank Jaeger

Beratendes Mitglied Sigrid Marx

Beratendes Mitglied Duygu Agu

Die Niederschrift führt: Sandra Kaufmann

Sitzungsbeginn 18:00 Uhr

Sitzungsunterbrechung:

Sitzungsende: 20:19 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Vor Eintritt in die Sitzung wird Frau Andrea Schütz durch die Vorsitzende, Frau Auerswald, als sachkundiges Mitglied eingeführt und verpflichtet.

Öffentlicher Teil:

- TOP 1 Niederschrift der letzten Sitzung
- TOP 2 Vorstellung der Verwaltung des Jugendamtes und ihrer Aufgaben
Vorlage: 04358/2020
- TOP 3 Auswirkungen der Coronapandemie auf die Kinder- und Jugendhilfe - ohne
Vorlage -
- TOP 4 Empfehlungen zum Schutzauftrag gemäß § 8a SGB VIII
Vorlage: 04448/2021
- TOP 5 Interessenbekundungsverfahren MKFFI
Förderung der spezialisierten Beratung bei sexueller Gewalt
Vorlage: 04524/2021
- TOP 6 Erstellung einer Jugendhilfeplanung
Vorlage: 04534/2021
- TOP 7 Neues Familienzentrum im Kindergartenjahr 2021/22
Vorlage: 04510/2021
- TOP 8 Landeszuschuss für plusKITA und andere Einrichtungen mit zusätzlichem
Sprachförderbedarf
Vorlage: 04527/2021
- TOP 9 Jugendhilfeplanung II
Vorlage: 04526/2021
- TOP 10 Mitteilungen
- TOP 10.1 Virtuelle Spielplatzkarte
- TOP 10.2 Weltkindertag
- TOP 10.3 Internationale Jugendbegegnung - Bubble-Europe 3.0

Öffentlicher Teil:

TOP 1

Niederschrift der letzten Sitzung

Es ergeben sich keine Wortmeldungen. Die Niederschrift der letzten Sitzung ist damit einstimmig genehmigt.

TOP 2

Vorstellung der Verwaltung des Jugendamtes und ihrer Aufgaben

Vorlage: 04358/2020

Herr Hein erläutert ausführlich das Organigramm des Jugendamtes und stellt die einzelnen Ressorts und deren Aufgaben vor.

TOP 3

Auswirkungen der Coronapandemie auf die Kinder- und Jugendhilfe - ohne Vorlage -

Herr Hein schildert die bisherigen Auswirkungen der Pandemie und verweist darauf, dass das tatsächliche Ausmaß erst in einem halben Jahr oder später erkennbar sein wird. Hinweise auf einen möglichen Schwerpunkt sind durch einen Anstieg im Bereich der häuslichen Gewalt zu erkennen. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt ist auch erkennbar, dass die Kinder und Jugendlichen unter der Einschränkung der persönlichen Kontakte leiden.

Voraussichtlich wird sich ein Anstieg im Bereich der Meldungen durch die Schulen verzeichnen lassen, wenn der Präsenzunterricht wieder startet und die einzelnen Institutionen ihre Arbeit wieder aufnehmen werden. Aktuell erfolgen nur Meldungen aus der Nachbarschaft oder durch die Polizei.

Auf Nachfrage von Herrn Stamm erläutert Herr Hein, dass seine Einschätzung aufgrund der bisher erfolgten Studien beruhen. Diese beziehen sich auf häusliche Gewalt, sexuellen Missbrauch, Medienkonsum sowie die Probleme durch fehlenden zwischenmenschlichen Kontakt soziale Kompetenzen zu erwerben. Derzeit liegen aber noch keine stichhaltigen Zahlen vor.

Frau Reichau-Leschnik berichtet darüber, dass bei weitergehendem Rückgang der Inzidenzen, der Regelbetrieb in den Kindertageseinrichtungen schnellst möglich wieder aufgenommen werden soll. Die Kinder sind spürbar froh, wieder den Kindergarten besuchen zu können. Es ist beabsichtigt Fördermittel, die ggf. durch das Land zur Verfügung gestellt werden, in verschiedenen Programmen, die unter den derzeitigen Bedingungen durchgeführt werden können, dafür zu nutzen, um die Auswirkungen der Pandemie gemeinsam mit den Kinder aufzuarbeiten. Frau Reichau-Leschnik weist darauf hin, dass auch Einzelfallhilfen gewährt werden müssen, da durch die Pandemie die Bereitschaft der Eltern untereinander Nachbarschaftshilfe zu leisten, kaum noch vorhanden ist.

Während der Pandemie und im Zeitraum des Notbetriebes wurden in den Einrichtungen Konzepte erarbeitet, um mit Hilfe der sozialen Medien im Kontakt mit den Kindern zu bleiben, auf diese zuzugehen und sie beispielsweise auch zu Hause zum Sport zu animieren. Die Jugendclubs werden baldmöglichst corona-konform geöffnet und es soll in Kleingruppen mit den Jugendlichen gearbeitet werden. Eine Hotline wird eingerichtet, damit die Kinder und Jugendlichen eine Möglichkeit haben, sich anzumelden, um an den Angeboten teilnehmen zu können. Der Spiel- und Sportpark wird öffnen, um zumindest kontaktarmen Sport zu ermöglichen. Es wird verschiedene Angebote geben, um mit den

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Jugendlichen partizipativ zu arbeiten, damit die Auswirkungen der Pandemie aufgefangen werden können und um mit den Jugendlichen im Kontakt zu bleiben.

Herr Halding-Hoppenheit ergänzt diesbezüglich, dass alle geplanten Angebote nur unter der Berücksichtigung der pandemischen Lage wieder möglich sein werden. Am heutigen Tag liegt die Inzidenz wieder knapp über 50, so dass man sich daher wieder in der dritten Öffnungsstufe befindet. Eine Öffnung der Kindertagesstätten im Regelbetrieb sowie die dargestellten Angebote für Kinder und Jugendliche sei aus Sicht der Verwaltung nur möglich, wenn dies verantwortbar ist. Es müssen daher Zeitfenster und Nutzungskontingente vorhanden sein. Eine weitergehende Öffnung ist erst bei einer länger andauernden Inzidenz unterhalb der 50 möglich.

Aufgrund der heutigen Inzidenzlage wird weiterhin eine Notbetreuung und somit ein eingeschränkter Betrieb erfolgen. Je nach Landesvorgabe sind weitere Öffnungsschritte ab dem 07.06.2021 möglich.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass das Betreuungsniveau aktuell bei 75 % der Normalauslastung liegt. Während der Pandemie wurde überwiegend auf Elternbeiträge verzichtet. Es ist vorgesehen, die Befreiung bis Ende Juni diesen Jahres vorzunehmen. Die Tagespflegepersonen wurden durch die Stadt Gummersbach durchgehend bezahlt. Durch das Land NRW wurde eine Unterstützung diesbezüglich angekündigt. Ein genauer Zuschussbetrag steht jedoch abschließend noch nicht fest. Es wird von ca. 260.000 € ausgegangen. Auch nach Berücksichtigung dieses Betrages wird ein Fehlbetrag für die Stadt Gummersbach in Höhe von ca. 490.000 € erwartet.

Herr Halding-Hoppenheit weist abschließend noch darauf hin, dass nicht beabsichtigt ist, auch für den Monat Juli 2021 auf eine Erhebung der Elternbeiträge zu verzichten.

Frau Güzel macht auf die besonderen Probleme bei Familien mit Migrationshintergrund aufmerksam und stellt dar, dass diese während der Pandemie noch stärker durch das Homeschooling, die Flut an Arbeitsmaterialien und häufig wechselnder Regelungen belastet waren.

Herr Halding-Hoppenheit verweist auf die Möglichkeit das Informationsmaterial im Fachbereich 6 „Soziales und Integration“ zu nutzen. Dort stehen Unterlagen in verschiedenen Sprachen zur Verfügung. Die Verwaltung könne auch diesbezüglich noch um Unterstützung gebeten werden. In diesem Zusammenhang bittet er der Verwaltung mitzuteilen, welche Informationen in welcher Sprache nicht vorliegen.

TOP 4**Empfehlungen zum Schutzauftrag gemäß § 8a SGB VIII****Vorlage: 04448/2021**

Herr Hein erläutert die Vorlage. Die der Vorlage beigefügten Empfehlungen werden bereits im Jugendamt der Stadt Gummersbach angewandt.

Frau Resch richtet die Frage an die Verwaltung, ob durch diesen Beschluss erreicht werden kann, dass es ein einheitliches Verfahren bzw. eine Abstimmung zur einheitlichen Vorgehensweise zwischen den Jugendämtern geben wird.

Herr Hein erläutert diesbezüglich, dass dies zwar gewünscht ist und zumindest im Oberbergischen Kreis eine Absprache erzielt werden soll. Ob dies aber tatsächlich in Gänze umsetzbar ist, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden. Nach der Empfehlung zum

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Schutzauftrag soll ein Schema als Standard eingeführt werden, welches dann verbindlich abgearbeitet werden soll.

Herr Hein weist darauf hin, dass dem Grunde nach bisher auch so verfahren worden ist. Die Entwicklung eines einheitlichen Formulars, welches von 186 Jugendämtern dann verwendet werden soll, gestaltet sich aber schwierig, da in jedem Jugendamt besondere Bedingungen herrschen. Durch die Empfehlung soll aber zumindest eine einheitliche Marschrichtung vorgegeben werden.

Herr Stamm fragt nach konkreten Zahlen im Vergleich zwischen dem Jugendamt der Stadt Gummersbach und anderen Jugendämtern. Herr Hein weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die einzelnen Strukturen und Gegebenheiten in den Städten hierfür zu unterschiedlich sind. Maßgeblich ist hier bspw. die Sozialstruktur. Die Stadt Gummersbach befindet sich im Mittelfeld.

Es werden keine weiteren Fragen oder Anregungen gestellt, so dass der Ausschuss über die Vorlage zur Abstimmung gelangt. Der Jugendhilfeausschuss fasst anschließend einstimmig nachfolgenden Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Empfehlungen der Landesjugendämter Rheinland und Westfalen-Lippe zum Schutzauftrag gemäß § 8a SGB VIII (Stand: Dezember 2020) als Grundlage der Arbeit im Jugendamt.

TOP 5

Interessenbekundungsverfahren MKFFI

Förderung der spezialisierten Beratung bei sexueller Gewalt

Vorlage: 04524/2021

Herr Hein erläutert die Vorlage.

Frau Resch, die seit 6 Jahren für Nina + Nico tätig ist, regt an, dass sich der Verein und seine Arbeit in einer der nächsten Ausschusssitzungen vorstellen könnte.

Frau Güzel fragt bezüglich konkreter Fallzahlen für den Bereich Missbrauch und sexueller Gewalt nach. Herr Hein erläutert diesbezüglich, dass die Dunkelziffer sehr hoch ist. In der Vergangenheit gingen aber nahezu monatlich Meldungen ein. Diese müssen aber leider sehr häufig als Verdachtsfälle geführt werden, da ein Nachweis oftmals nur sehr schwer erbracht werden kann.

Herr Hein betont abschließend, dass das Votum des Ausschusses unbedingt erforderlich ist, damit der Antrag bei der Landesregierung gestellt werden kann. Eine Teilnahme am Interessenbekundungsverfahren ist ansonsten nicht möglich.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt, so dass der Ausschuss zur Abstimmung gelangt. Der Jugendhilfeausschuss fasst einstimmig nachfolgenden Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die bezuschusste Förderung der spezialisierten Beratung bei sexueller Gewalt entsprechend dem bereits erfolgten Interessenbekundungsverfahren in Anspruch zu nehmen.

TOP 6

Erstellung einer Jugendhilfeplanung

Vorlage: 04534/2021

Herr Stamm erläutert den Antrag der SPD-Fraktion.

Die Verwaltung bittet die Vertreter der SPD-Fraktion, ihren Antrag zu konkretisieren, damit der Handlungsauftrag klar wird.

Die Frage einer Beschlussfassung oder Absetzung des Antrages wird im weiteren Verlauf von den Ausschussmitgliedern sehr kontrovers diskutiert.

Im Ergebnis wird einem Vorschlag von Frau Grützmacher zur Umformulierung gefolgt. Der Jugendhilfeausschuss fasst sodann einstimmig nachfolgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Kinder- und Jugendhilfeplanung zur Bearbeitung coronabedingter Problemlagen unter Berücksichtigung des Quartieransatzes für die laufende Ratsperiode zu erstellen.

TOP 7

Neues Familienzentrum im Kindergartenjahr 2021/22

Vorlage: 04510/2021

Frau Reichau-Leschnik erläutert die Vorlage.

Der Jugendhilfeausschuss fasst einstimmig den nachfolgenden Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Einrichtung DRK Kita „Krümelkiste“, Amselweg 39, 51647 Gummersbach, gemäß dem Rundschreiben 42-10-2021 des LVR, zum 01.08.2021 als neues Familienzentrum zu benennen.

TOP 8

Landeszuspruch für plusKITA und andere Einrichtungen mit zusätzlichem Sprachförderbedarf

Vorlage: 04527/2021

Frau Reichau-Leschnik erläutert die Vorlage.

Der Jugendhilfeausschuss fasst einstimmig den nachfolgenden Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt in Abänderung des Beschlusses vom 3. März 2020 (Drucksache-Nr. 04122/2020) die Einrichtungen

Ev. FZ Vollmerhausen

AWO FZ Berstig

nicht als Einrichtung mit zusätzlichem Sprachförderbedarf zu benennen.

Die freiwerdenden Zuschüsse sind in Anteilen zu je 5.000 Euro an die plusKITAS

Ev. Kita Niederseßmar

AWO FZ Derschlag

zu vergeben.

TOP 9

Jugendhilfeplanung II

Vorlage: 04526/2021

Frau Reichau-Leschnik erläutert die Vorlage.

Herr Hein stellt dar, dass die bisher erfolgte Jugendhilfeplanung die auskömmliche Variante ist, da die Stadt Gummersbach in der Vergangenheit bisher noch nicht verklagt wurde. Herr Hein verweist ausdrücklich darauf, dass bei anderweitiger Planung keine Bedarfsdeckung erfolgen kann.

Die Stadt Gummersbach befinde sich weiterhin noch im Ausbau, so dass der geplante Bau der Kita in Hülsenbusch unbedingt erforderlich ist, um eine Bedarfsdeckung sicherzustellen. Inwieweit in den nachfolgenden Jahren ein Ausbau erforderlich sein wird, bleibt abzuwarten. Derzeit ist die durchgeführte Planung auskömmlich und somit ausreichend.

Herr Stamm fragt, ob die ersten vier Faktoren zur Prognoseerstellung auf Seite 6 mit konkreten Zahlen untermauert werden können. Herr Hein erläutert diesbezüglich, dass dies nur schwer möglich ist, da die einzelnen Faktoren teilweise auf Prognosen beruhen und daher keine konkreten Zahlen zugrunde gelegt werden können. In diesem Zusammenhang verweist Herr Hein auf die Geburtenraten der kommenden zwei Jahre sowie die Abweichungen durch Zu- und Wegzüge und der Stichtagsregelung im Hinblick auf die Einwohnerzahlen.

Der Jugendhilfeausschuss fasst einstimmig den nachfolgenden Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die „Jugendhilfeplanung II“ zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Empfehlungen.

TOP 10

Mitteilungen

TOP 10.1

Virtuelle Spielplatzkarte

Frau Reichau-Leschnik teilt mit, dass die virtuelle Spielplatzkarte zwischenzeitlich im Internet eingestellt wurde und durch die Familien genutzt werden kann.

Die virtuelle Spielplatzkarte ist zu finden auf der Homepage der Stadt Gummersbach über die Suchfunktion unter dem Stichwort „Spielplätze“.

TOP 10.2

Weltkindertag

Frau Reichau-Leschnik teilt mit, dass der diesjährige Weltkindertag, anders als im letzten Jahr, nicht Online stattfinden soll. Aufgrund der langen Homeschooling-Phase ist davon auszugehen, dass die Kinder und Jugendlichen durch die virtuelle Ermüdung kein weiteres Interesse an Online-Veranstaltungen mehr haben. Es ist daher geplant, dass eine gute Lösung mit den Kooperationspartnern gefunden werden soll, um ein abwechslungsreiches Programm für die Kinder zu bieten. Derzeit finden diesbezüglich noch Absprachen untereinander statt, welche Möglichkeiten und Angebote für die Kinder zur Verfügung gestellt werden können.

TOP 10.3

Internationale Jugendbegegnung - Bubble-Europe 3.0

Frau Reichau-Leschnik teilt mit, dass im Rahmen der Ferienspiele für die Kinder in der 5. Ferienwoche eine Online-Konferenz „Bubble-Europe 3.0“ zwischen drei europäischen Städten angeboten werden soll. Hierzu werden an öffentlichen Stellen Kärtchen für die „Bubble-Europe 3.0“ zur Mitnahme ausgelegt.

Helga Auerswald
Vorsitz

Raoul Halding-Hoppenheit
Erster Beigeordneter

Sandra Kaufmann
Schriftführung